Die Grenzen linker Reformpolitik

Volkhard Mosler diskutiert die Chancen und Grenzen eines Wahlerfolgs der Linkspartei anhand der Erfahrungen sozialdemokratischer Politik in den letzten Jahrzehnten.

Das Wahlbündnis von PDS und WASG hat sich zu einer Wahlbewegung gegen Sozialabbau mit enormer Anziehungskraft entwickelt. Solange das linke Bündnis nur der SPD Stimmen kostete, durfte ein Oskar Lafontaine in der BILD-Zeitung bissige Kommentare gegen Rot-Grün veröffentlichen. Jetzt, wo das Linksbündnis sogar Arbeiterwähler gewinnt, die zuvor zur CDU übergelaufen waren, beschimpft BILD Oskar Lafontaine als *„Rattenfänger"* der *„neuen nationalen Sozialisten"* und als *„nützlichen Idioten"* der PDS (3.7.05).

Welche Chancen und welche Grenzen hat die Wahlbewegung? Bei Teilen der radikalen Linken und selbst Attac wird die neue Linkspartei als parlamentarischer Irrweg abgetan, der für die außerparlamentarischen „Bewegungen" eine Sackgasse ist. Es wird argumentiert, dass ein Wahlerfolg der Linkspartei *„nichts an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ändert"*, sondern *„nur zur Integration von systemoppositionellen Kräften in den Parlamentarismus und den bürgerlichen Staat"* führt.

Natürlich können wir heute nicht mit Sicherheit voraussagen, was die politischen Folgen eines Wahlerfolgs der Linkspartei sein würden. Denn das hängt schließlich davon ab, was ihre Führung und was ihre Mitglieder aus einem solchen Wahlerfolg machen. Die Erfahrungen mit den Grünen wiegen schwer, die mit der großen Friedensbewegung als Sprungbrett Anfang der 80er Jahre in die Parlamente zogen und später als Regierungspartei weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr mit verantworteten. Aber die Wiederholung eines Verrats der außerparlamentarischen Bewegungen ist keineswegs zwangsläufig.

Die Wahlbewegung hat schon jetzt das politische Klima beeinflusst. Der Nazi-Block von NPD und DVU, nach der Sachsen-Wahl im letzten Winter noch ein bedrohlicher Schatten auf der politischen Landschaft, hat plötzlich ihr Monopol auf Proteststimmen gegen „Rot-Grün" verloren. CDU/CSU debattieren darüber, wie viel Ehrlichkeit sie der Wählerschaft zumuten darf und SPD und Grüne gehen mit ihren „linken" Wahlmanifesten an die Grenze der Selbstverleugnung der Agenda 2010. Ein Wahlerfolg der Linkspartei würde diese Linksstimmung in der Gesellschaft verstärken. Sie würde Millionen Menschen ermutigen, sich gegen die Fortsetzung der Agenda 2010-Politik durch eine CDU-Kanzlerin zu wehren.

Die neue Linkspartei sollte allerdings ihren Wählern nichts versprechen, was sie nicht auch halten könnte. Denn Enttäuschung nährt Zweifel und Zweifel führt zur Abkehr. Oskar Lafontaines Behauptung, eine Merkel-Regierung würde *„etliche Sozialabbau-Maßnahmen nicht mehr wagen, wenn es eine große Koalition gäbe und wir in den Bundestag kommen"*, birgt in sich die Gefahr einer solchen Enttäuschung. Denn eine konservative Regierung wird erst dann zurückweichen, wenn der parlamentarische Widerstand zum Fanal für eine Massenbewegung gegen Sozialabbau auf der Straße und im Betrieb wird.

Krise des Kapitalismus

Die rot-grüne Regierung war 1998 mit dem Versprechen angetreten, die Arbeitslosigkeit innerhalb von vier Jahren zu halbieren, tatsächlich ist sie jedoch – ganz gleich welche Zahlenarithmetik zu Grunde gelegt wird – weiter gestiegen. Das deutsche BIP (Bruttoinlandsprodukt) betrug in den Jahren 1995-2004 im Jahresdurchschnitt 1,3 %, viel zu niedrig, um die durch steigende Arbeitsproduktivität bewirkte Freisetzung von Arbeitskräften auszugleichen. Es lag unter dem europäischen Durchschnitt (2,0 %), unter dem aller Industrieländer (OECD, 2,8 %) und vor allem unter dem Durchschnitt der USA (3,3 %).

Schröder hat den Eindruck zu vermitteln versucht, als könne eine Senkung der Lohnkosten die *„Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung"* schaffen. Sein Traum war, dass der „Standort Deutschland" durch Senkung der Lohnkosten und unbezahlte Mehrarbeit der Lohnabhängigen seine Konkurrenzfähigkeit erhöhen würde. Steigende Profite vor allem im Exportsektor würden dann einen Nachfrageschub und einen sich selbst tragenden Aufschwung der Binnenkonjunktur auslösen. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen und deshalb wuchsen die Zweifel an seiner Agenda-Politik. Ein ums andere Mal erwiesen sich die „Lichtblicke am Ende des Tunnels" als Fata Morgana. Schröder hat seiner Wählerschaft, der Klasse der Lohnabhängigen, Opfer um Opfer zugemutet und den Reichen und Wohlhabenden immer neue Geschenke dargeboten. Die Beschenkten dankten höflich und forderten mehr. Die Massenentlassungen in Deutschlands Banken und Konzernen gingen weiter – trotz höherer Profite.

Krise der Sozialdemokratie

Die gegenwärtige politische Krise der Sozialdemokratie folgt einem historischen Gesetz der Arbeiterbewegung, dass nämlich lange Aufschwungzeiten im Kapitalismus die wirtschaftliche Basis für den Aufschwung des Reformismus bilden und dass umgekehrt eine lange Depression, Stagnation und Krise unweigerlich zur Krise desselben führt. Mit „Reformismus" bezeichne ich jene Strömung in der SPD, die auf das Engste mit dem Namen Eduard Bernstein, ihres theoretischen Kopfs Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts, verbunden ist. Bernstein wandte sich gegen Marx und behauptete, *„das alte Schema der Krisenentwicklung sei unhaltbar geworden"*. Er sah die Möglichkeit, den Sozialismus auf dem *„sicheren Wege"* der Erlangung sozialdemokratischer Mehrheiten im Parlament per Gesetzgebung schrittweise einzuführen, statt auf dem „unsicheren" Wege des Klassenkampfs. Die wirtschaftliche Basis für das Erstarken des Reformismus war der lange Aufschwung von 1895-1913. Dabei korrespondierten Bernsteins Theorien mit den Alltagserfahrungen der Arbeiter, dass Sozialreformen durch Gesetzgebung und durch gewerkschaftliche Tarifpolitik auf dem Boden des Kapitalismus durchaus möglich sind.

Weltkriege und Weltwirtschaftskrisen zwischen 1914 und 1945 erschütterten den Reformismus und führten zumindest vorübergehend zur Wiedergeburt des revolutionären Marxismus in der Arbeiterbewegung. Sie wurden abgelöst durch den langen Aufschwung des Kapitalismus zwischen 1945 und Mitte der 70er Jahre. Reformistische Ideen erlebten einen riesigen Aufschwung, die Idee des sozialpartnerschaftlichen Umgangs wurde zur vorherrschenden politischen Denkweise. Die seitdem wieder ausgebrochenen Krisentendenzen des Kapitalismus waren langsamer und für die entwickelten Industrieländer weniger katastrophal als in den Krisenjahrzehnten nach 1914. Trotzdem zeigen sich gerade in den letzten Jahren überall in

Europa Risse und Niedergangserscheinungen der klassischen Sozialdemokratie. In Italien, Portugal, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und jetzt auch in Deutschland bilden sich neue Linksparteien heraus, die den Ablösungsprozess von Teilen der Arbeitnehmerschaft auf unterschiedliche Weise reflektieren.

Die WASG kommt nicht umhin, sich mit den Lehren aus dem Niedergang der Sozialdemokratie auseinanderzusetzen, will sie nicht in der Sackgasse des Regierungssozialismus Bersteinscher Prägung enden.

Von Schmidt zu Schröder

Mit der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt (1974-1982) und Gerhard Schröder (1998-2005) verbinden sich zwei unterschiedliche, aber gleichermaßen gescheiterte wirtschaftspolitische Ansätze. Schmidts Wirtschaftspolitik folgte den klassischen Theorien des britischen Ökonomen John Maynard Keynes, dessen Ausgangspunkt die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre war. Keynes führte die Krise auf das strukturelle Zurückbleiben der Nachfrage hinter dem Angebot an Waren zurück, wobei er im Unterschied zu seinen „linkskeynesianischen" Schülern (z.B. Joan Robinson) in zu niedrigen Profitraten einen wichtigen Faktor für das Zurückbleiben der Nachfrage und damit der Krise sah. Die linken Keynesianer sehen dagegen in zu hohen Profiten die Ursache für das Entstehen von Überproduktionskrisen, dem Phänomen, dass zu viele Produkte zu wenig Nachfrage gegenüberstehen.

Die Lösungsstrategien fielen – den unterschiedlichen Analysen folgend – verschiedenartig aus. 1975-76 und 1978-80 schlug die damalige Regierung unter Helmut Schmidt den Weg einer Nachfragebelebung durch staatliche Investitionsprogramme – finanziert durch Staatsverschuldung – bei gleichzeitiger Senkung der Lohnkosten ein. Diese Mischung von Angebots- und Nachfrageelementen war 1975 sehr erfolgreich gewesen. Die Senkung der Lohnkosten stärkte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter und die erhöhte Staatsnachfrage nach Investitionsgütern verhinderte zugleich ein Absacken der Binnenkonjunktur. Die Gesamtverschuldung des Staates wuchs 1975 um 6,2 % und trug damit wesentlich zur Ankurbelung des Wachstums um spektakuläre 5,4 % bei. Ganz nach der klassischen Lehre wurde schon ab Herbst 1975 die Staatsverschuldung und damit die öffentliche Nachfrage wieder gedrosselt. Aber die Hoffnung, dass ein über Neuverschuldung herbeigeführter kurzfristiger Anschub der Staatsnachfrage und damit der Konjunktur sich selbst tragen würde, erwies sich angesichts der internationalen Wachstumsschwäche als trügerisch. Das Wachstum des BIP sackte 1977 wieder auf 3 % ab und die Arbeitslosigkeit verharrte auf dem ungewohnt hohen Niveau von über 1 Million. „*Der Aufschwung war offenbar zu früh gebremst worden*", schrieb der sozialdemokratische Wirtschaftstheoretiker Fritz Scharpf im Rückblick zehn Jahre später.

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD)

1978-80 legte die Regierung Schmidt ein neues „Zentrales Investitionsprogramm" (ZIP) auf, ähnlich wie 1975, nur größer und längerfristig angelegt. Erneut wurden die Lohnkosten gesenkt (1979 lagen die Lohnerhöhungen sogar unter der Inflationsrate von 3 %) und die staatliche Nachfrage nach Investitionsgütern angekurbelt. Das reale Wachstum beschleunigte sich wieder auf 4,2 %. So entstanden innerhalb von zwei Jahre über 900.000 Arbeitsplätze.

Der Ausbruch der zweiten Weltwirtschaftskrise nach 1945 im Winter 1979/80 machte jedoch diese Anstrengungen zunichte. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte überstiegen die Importe die Exporte beträchtlich. Die „Flucht in den Export" funktionierte nicht mehr. Insofern war 1980 eine völlig neue Situation entstanden. Die Regierung geriet unter massiven Druck der starken Exportlobby der deutschen Industrie und warf das ZIP und damit das zentrale Instrument keynesianischer Krisenpolitik über Bord. Mit einiger Verspätung folgte sie den übrigen großen Industriestaaten, senkte mitten in der Krise die Staatsverschuldung, kürzte dabei vor allem die Sozialausgaben ihrer eigenen proletarischen Wählerschaft und trug so – entgegen aller keynesianischen Lehrbücher – zur Verschärfung der Krise bei. Im Winter 1981 erreichte die Arbeitslosigkeit dann zum ersten Mal die Zwei-Millionengrenze.

Dieser sozialdemokratische Abschied von Keynes folgte keiner fertigen Theorie, sondern erfolgte unter dem Druck der Internationalisierung der Kapitalmärkte und einer drastischen Verschärfung des Konkurrenzdrucks durch gleichzeitige Aufwertung der DM um über 8 %.

Die pragmatische Abkehr von Keynes war nicht auf die deutsche Sozialdemokratie beschränkt. Ähnliche Erfahrungen führten zu ähnlichen Schlussfolgerungen in der Labour-Party in England, bei den Sozialisten Mitterands in Frankreich und sogar bei den schwedischen Sozialdemokraten.

Die harte Realität war, dass die keynesianische Steuerungspolitik nicht mehr funktionierte und die Staatsverschuldung mit inflationärer Wirkung plötzlich als Gefahr für wirtschaftliches Wachstum gesehen wurde.

Sozialdemokratische Angebotspolitik

Schröders Kurs der „Agenda 2010" entspringt nicht einer persönlichen Marotte von ihm oder seiner Mannschaft. Sie ist Ausdruck einer bestimmten, falschen Aufarbeitung des Scheiterns klassisch-sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in den Jahren des Wiederaufbrechens der Krisentendenzen im Weltkapitalismus Mitte der 70er Jahre. Fritz Scharpfs Buch *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa* (1987) wurde zur theoretischen Grundlage der „Modernisierer" in der SPD nach Helmut Schmidts Sturz. Scharpf schrieb zusammenfassend:

„Anders als in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten gibt es derzeit keine plausible keynesianische Strategie, mit der im nationalen Rahmen die sozialdemokratischen Ziele verwirklicht werden könnten, ohne dass dadurch die Funktionsbedingungen der kapitalistischen Ökonomie verletzt werden.“ Aus dieser sehr richtigen Analyse werden – aus sozialdemokratischer Sicht – allerdings selbstmörderische Konsequenzen gezogen. Scharpf fordert die Sozialdemokratie auf, eine *„auf die Steigerung der Unternehmenserträge gerichtete* […] *sozialdemokratische Angebotspolitik“* zu entwickeln. Eine solche *„sozialdemokratische Angebotspolitik“* müsse *„immer die Einkommensposition der Klasse der Kapitalbesitzer im Verhältnis zur Klasse der Arbeitnehmer“* begünstigen. Wichtig sei die strategische Einsicht, dass „v*orderhand die Vollbeschäftigung weder ‚kostenlos' durch eine defizitfinanzierte Wachstumspolitik, noch ‚auf fremde Rechnung' durch Umverteilung zu Lasten des Kapitals zurückgewonnen werden kann, sondern allenfalls durch die Umverteilung von Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitseinkommen zu Lasten der großen Mehrheit der derzeit Beschäftigten selbst.*“

Dem ideologischen Rückzug der offiziellen Sozialdemokratie von Keynes Lehren ging deren praktisches Scheitern unter Kanzler Schmidt voraus. Eine ganze Generation von linken und rechten Sozialdemokraten folgte in den 80er und 90er Jahren dem von Scharpf empfohlenen Pfad. Die Politik der „Agenda 2010“ war nur der bisher konsequenteste Ausdruck einer „sozialdemokratischen Angebotspolitik“.

Lohnkostensenkung, Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben waren ganz in Scharpfs Sinn tragende Säulen im Theoriegebäude der Modernisierer der SPD. Als Gerhard Schröder, damals noch niedersächsischer Ministerpräsident in Lauerstellung, von der *Frankfurter Rundschau* 1995 gefragt wurde, ob Europa und der Welt nicht eine Spirale der gegenseitigen Vernichtung von Löhnen und Sozialleistungen drohe und wo das „enden soll“, antwortete er: *„Das weiß ich auch nicht“*.

In seiner Agenda-2010 Rede vom 14. März 2003 gab Bundeskanzler Schröder dagegen ein klares Ziel vor: Bis zum Jahre 2010 soll *„Deutschland bei Wohlstand und Arbeit wieder an die Spitze gelangen“*. Schröder und seine Regierung hatten 2003 wohl gehofft, dass seine Umverteilungspolitik tatsächlich zu höheren Investitionen und mehr Arbeit führen würden. Als dies 2004/2005 in immer weitere Ferne rückte und das BIP-Wachstum auf magere 1,3 % absackte, die Arbeitslosenzahlen wieder stiegen statt zu sinken, nahm der Niedergang der SPD seinen beschleunigten Lauf.

Das doppelte Scheitern von Keynesianismus und sozialdemokratischer Angebotspolitik bzw. SPD-Neoliberalismus, von Helmut Schmidt und Gerhard Schröder, stand gewissermaßen Pate für das Scheitern der Sozialdemokratie.

„Neokeynesianismus“ und die WASG

Der politisch-organisatorische Bruch von Oskar Lafontaine und Teilen der sozialdemokratischen Basis mit der SPD und hin zur WASG bedeutet nicht, dass mit einem Schlag auch mit den Ideen des Reformismus gebrochen wird, d.h. mit dem Glauben an die Überwindung der Krisen des Kapitalismus durch „richtige“ Regierungspolitik.

Im Programm der WASG heißt es, dass *„die Macht des Kapitals beschränkt“* werden müsse. Der Glaube an die Zähmung des Tigers, indem man ihm Krallen einzeln zieht, hat sich zuletzt in Chile (1973) und in Frankreich (1982) als fataler Irrtum erwiesen. Sozialistische Regierungen waren am politischen Widerstand (Militärputsch in Chile) oder wirtschaftlichen Boykott (Kapitalflucht in Frankreich) gescheitert. Der bürgerliche Staat lässt sich nicht zur Teilentmachtung und Zähmung des Kapitals benutzen. Der Aufstand der Diplomaten im Außenministerium gegen den eigenen Minister vom Frühjahr 2005, als dieser einen Diplomat mit Nazivergangenheit nicht ehren wollte, ist ein kleines aber wichtiges Zeichen dafür, dass die politische Macht im Zweifelsfall keineswegs beim (linken) Minister, sondern seinen (rechten) Beamten- und Führungsstäben liegt.

Im WASG-Programm wird die Globalisierung des Kapitalismus und die damit einhergehende Minderung der Gestaltungskraft nationaler Wirtschaftspolitik auf Entscheidungen von Politikern zurückgeführt, ebenso die Massenarbeitslosigkeit. *„Die Politik der etablierten Parteien“* habe dazu geführt, *„dass offiziell 5 Millionen Menschen arbeitslos sind.“* Globalisierung ist jedoch nicht die Ursache, sondern die Folge der Krise des Kapitalismus und die neoliberalen Entscheidungen der Politiker sind Ausdruck ökonomischer Veränderungsprozesse. Die Krise und die Massenarbeitslosigkeit sind primär das Resultat ökonomischer Gesetze des Kapitalismus und nicht Folge falscher Politik. Natürlich gibt es Spielräume für politische Handlungen, die sich auch auf das Ökonomische positiv oder negativ auswirken können, aber diesen politischen Handlungsstrategien sind selbst Grenzen gesetzt. So konnte die Regierung Schmidt durch das Zentrale Investitionsprogramm von 1978 zwar fast eine Million zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, aber nicht den Ausbruch der weltweiten Krise von 1980-81 verhindern, der diese Errungenschaft wieder zunichte machte und 2 Millionen Arbeitslose zurückließ.

Nun ist die Entstehung der WASG nicht zuletzt eine Reaktion von Teilen sozialdemokratischer Gewerkschafter auf die Krise des Neoliberalismus. Die WASG besteht zu Recht darauf, dass die angebotsorientierte Politik Schröders mit seiner einseitigen Reduzierung der Lohnkosten zugunsten der Vermögenden und Reichen an seinen eigenen Maßstäben gescheitert ist, nämlich des spürbaren Absenkens der Arbeitslosigkeit. In ihren programmatischen Aussagen wird zu recht darauf hingewiesen, dass die Logik der Kostensenkungen die Gefahr einer nicht enden wollenden Abwärtsspirale von Löhnen und Sozialleistungen mit sich bringt und somit eine Deflationstendenz ähnlich der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts nach sich zieht.

Daher sind auch die Forderungen nach Erhalt sozialstaatlicher Errungenschaften, der Flächentarifverträge, Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen und allgemein nach Stärkung der Massenkaufkraft, wie sie im WASG-Wahlprogramm erhoben werden, nicht nur gerecht, sondern aus der Sicht der lohnabhängigen Klassen auch vernünftig. Indem sie sich dem Block neoliberaler Politik, zu dem auch die Sozialdemokratie und die Grünen übergewechselt sind, entgegenstellt, bricht die WASG den breiten politischen Grundkonsens des „Standort Deutschland“ auf.

Allerdings wirkt auch in der WASG die Krise des alten Keynesianismus fort. Ist im WASG-Programm noch von einem *„schuldenfinanzierten Investitionsprogramm zur Überwindung der Krise“* die Rede, so fehlt dieser Rückgriff auf Keynes völlig im Bundestagswahlprogramm der WASG. Das im WASG-Wahlprogramm geforderte Zukunftsinvestitionspro-gramm (ZIP) trägt zwar den gleichen Namen wie das von 1978 unter Kanzler Schmidt, dabei endet aber die Gemeinsamkeit. Zur Staatsverschuldung heißt es lediglich, dass sie *„sozial gerecht abgebaut werden“* soll. Die Sicherung des Sozialstaats und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch ZIPs sollen durch eine stärkere finanzielle Belastung des Mittelstands (Sozialversicherungsbeiträge für Bürgerversicherung) und

der Reichen (Steuererhöhungen) finanziert werden, nicht mehr durch Staatsverschuldung. Während der alte „klassische" Keynesianismus unter Karl Schiller (SPD-Finanzminister 1966-72) und dann unter Kanzler Helmut Schmidt bis 1982 immer auch mit einer profitorientierten Kostendämpfungspolitik einherging, fordert die WASG eine Anhebung der Massenkaufkraft: „*Löhne bilden* […] *den größten Teil der Nachfrage. Sie müssen gestärkt werden*", damit das Angebot von Waren auf eine entsprechende Nachfrage trifft.

Anders als Keynes und übrigens auch Karl Marx, die beide in zu niedrigen Profitraten eine zentrale Ursache für das Aufkommen von Überproduktionskrisen, bzw. – was dasselbe ist – Nachfragekrisen, sahen, gehen die Schulen der linken „Neokeynesianer" von zu niedrigen Löhnen als Ursache der Krisen aus. Daraus entsteht die Neigung, die neoliberalen Argumente (zu hohe Lohnkosten als Krisenursache) einfach umzukehren. Der Fehler ist jedoch spiegelbildlich der Gleiche, nämlich in den zu hohen oder zu niedrigen Löhnen überhaupt die zentrale Krisenursache zu suchen. Dieses „Unterkonsumtionsargument" hält auch einer historischen Analyse nicht stand. Im deutschen „Wirtschaftswunder" nach dem zweiten Weltkrieg standen sich extrem hohe Profite und ein sinkender Arbeitnehmeranteil am Volkseinkommen gegenüber, die Löhne stiegen also langsamer als die Profite (eine „ungerechte" Verteilung also), ähnlich sah es während der Clinton-Jahre in den USA 1991-2000 aus. Entgegen der Unterkonsumtionstheorie waren dies Phasen hohen Wachstums.

Die Krise der Sozialdemokratie hängt eng mit der Krise der kapitalistischen Wirtschaft zusammen.

Gleichwohl enthält auch das Unterkonsumtionsargument einen richtigen Kern, den auch Marx und Engels anerkannt haben. So schreibt Friedrich Engels, „*dass die große Industrie, die den ganzen Erdkreis nach neuen Konsumenten abjagt, zu Hause die Konsumtion der Massen auf ein Hungerminimum beschränkt und sich damit den eigenen Markt untergräbt.*" Die Erklärung der kapitalistischen Krisen aus der mangelnden Kaufkraft bleibt trotzdem einseitig. Richtig ist zwar, dass die Versuche, Absatzkrisen durch Lohnkürzungen zu überwinden, die Krisen verschlimmern können, wie die Weltwirtschaftskrise von 1929-33 zeigte. Aber der Umkehrschluss der Linkskeynesianer, dass hohe Löhne Krisen verhindern können, ist ebenso falsch. Er berücksichtigt nicht, dass die Nachfrage nach Investitionsgütern im Wesentlichen von der Investitionsneigung der Kapitalisten abhängt, die wiederum von der zu erwartenden Profitrate bestimmt ist.

Auf dem Boden des Kapitalismus lässt sich keine dauerhafte linke Wirtschaftspolitik begründen. Eine Regierung, die eine Umverteilung von oben nach unten einleitete und staatliche Nachfrageprogramme durch Steuererhöhungen für die Reichen betriebe, würde sofort auf den erbitterten Widerstand der gesamten Unternehmerklasse treffen, nicht zuletzt wegen der führenden Rolle, die in Deutschland dem Export als Motor der Binnenkonjunktur traditionell zukommt. Alle Rezessionen zwischen 1949 und 1974 wurden durch Exportoffensiven rasch überwunden und seitdem sorgen Exportoffensiven zumindest dafür, dass die Rezessionen nicht in noch schärfere Krisen umschlagen. Seit Mitte der 70er Jahre reichen diese Exportoffensiven jedoch nicht mehr aus, um nachhaltige, sich selbst tragende Konjunkturaufschwünge auszulösen.

Die Unterkonsumtionstheoretiker glauben die Kapitalisten zu ihrem Glück zwingen zu können, indem sie von einem „allgemeinen" Interesse der Unternehmer an einer gestiegenen Kaufkraft mit entsprechender Absatzsteigerung ausgehen. Was volkswirtschaftlich vernünftig klingt, wird aber von der betriebswirtschaftlichen Logik der einzelnen Unternehmer ausgehebelt. Das kapitalistische Konkurrenzsystem kennt kein wirkliches „gesamtkapitalistisches" Interesse, das die Situation von miteinander konkurrierenden Einzelkapitalen ignorieren könnte, um auf dem Wege einer nachhaltigen Steigerung der Massenkaufkraft durch Lohnerhöhungen und steuerpolitische Eingriffe gegen Reiche eine Überwindung von Krisen herbeizuführen. Die Kapitalisten liegen im beständigen Konkurrenzkampf untereinander um Marktanteile und wälzen, so weit es die Arbeiter und der Markt zulassen, die Kosten dieses Kampfes auf die Arbeitnehmer ab. Auch eine Linksregierung käme nicht daran vorbei, dass es „das Kapital" immer nur als gegeneinander konkurrierende Einzelkapitale gibt. Marx schreibt dazu sehr richtig: „*Das im Kapitalverhältnis gesetzte widersprüchliche Interesse jedes Einzelkapitalisten an größter Konsumtionskraft aller Arbeiter mit Ausnahme der von ihm angewendeten* [Arbeiter] *und an möglichst niedrigen Lohn seiner eigenen Arbeiter, kann auch der Staat nicht überspringen.*" Und man kann hinzufügen: umso weniger, als die Konkurrenz im globalisierten Kapitalismus international ist und nicht alle Konkurrenten von staatlichen Maßnahmen erfasst werden können.

Oskar Lafontaine und andere Linkskeynesianer haben daraus die Forderung nach internationalen Sozialstandards abgeleitet. Diese wird es jedoch nicht geben, solange auch nur eine Volkswirtschaft niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten und damit höhere Mehrwertraten hat als die Konkurrenz und daraus Vorteile im internationalen Wettbewerb zieht. Die vergleichsweise hohen Wachstumsraten der USA seit Beginn der 90er Jahre haben ihre Quelle nicht nur in hoher Staatsnachfrage nach Rüstungsgütern (einem „rechten" Keynesianismus), sondern auch in der Zerschlagung gewerkschaftlicher Macht und damit einhergehender Erhöhung der gesellschaftlichen Ausbeutungsrate (niedrigere Löhne, längere Arbeitszeiten usw.) Die USA werden sich auf einen internationalen Sozialpakt nur einlassen, wenn er das jetzige Gefälle zementiert.

Der Versuch Schröders mit seiner Agenda 2010 die deutschen Löhne und Sozialstandards auf US-Niveau abzusenken und so die deutsche Krise zu überwinden, muss allerdings ebenso scheitern, da sie nur auf eine Abwärtsspirale aller großen Volkswirtschaften wie in den dreißiger Jahren hinausliefe. Lafontaine wendet zu Recht ein, dass diese Politik nur enden könne wie in einem Kino, wo einige aufstehen, um besser sehen zu können und damit die anderen zwingen, ebenfalls aufzustehen. Zum Schluss sehen alle wieder gleich gut oder schlecht wie vorher, nur müssten sie nun stehen.

Nicht auf die Regierung kommt es an …

Oskar Lafontaine und Gysi vertreten als Spitzenkandidaten der Linkspartei die Perspektive einer Regierungsbeteiligung, um so Einfluss auf Konjunktur, Wachstum und Sozialpolitik nehmen zu können. Die Geschichte des deutschen Sozialstaats zeigt jedoch, dass es nicht auf die Regierung ankommt, sondern auf die Opposition, oder besser auf die Art der Opposition. Die weitestgehenden Sozialreformen wurden in Deutschland durch die Revolution von 1918/19 erkämpft (Achtstundentag, Betriebsrätegesetz, gesetzliche Absicherung des Flächentarifvertrags) und die größten „Sozialreformer" in Deutschland waren rechte konservative Politiker wie Bismarck und Adenauer. Nachhaltige Sozialreformen wurden nicht in erster Linie von linken, sondern von konservativen Regierungen durchgesetzt, auch gegen die Partikularinteressen der Unternehmer (Bismarck 1881-87, Adenauer 1957-61).

Soziale Errungenschaften waren immer das Produkt gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Unter Bismarck bildete sich die SPD zur gefährlichen linken Opposition heraus, gleichzeitig erstarkten die Gewerkschaften zu großen, kämpferischen Massenorganisationen. Das erhöhte den Druck enorm. Unter Adenauer hatten die Gewerkschaften wieder an Stärke gewonnen. Die IG Metall hatte im Oktober 1956 die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden durchgesetzt. Noch im gleichen Monat traten 34.000 Metallarbeiter in Schleswig-Holstein in den Streik, um eine Angleichung der Lohnfortzahlung bei Krankheit an die gesetzliche Regelung für die Angestellten durchzusetzen. Der erfolgreiche Streik dauerte fast vier Monate und endete erst am 14. Februar 1957 – genau neun Tage bevor im Bundestag die berühmte große Rentenreform beschlossen wurde. Der Druck außerhalb des Parlaments schuf das Klima für Reformen. Selbst unter Willy Brandt musste ein gehöriger Druck aufgebaut werden, um Reformen durchzusetzen. Damals sorgten große Studenten-, Jungarbeiterbewegungen und ein Aufschwung von betrieblichen Streiks dafür.

Die Herrschenden mussten immer gezwungen werden, etwas vom Kuchen abzutreten und einen Sozialstaat zu schaffen. Gleichzeitig war und ist der Sozialstaat auch ein Bestandteil bürgerlicher Herrschaft. Er dient der politischen Herrschaftssicherung vor Massenstreiks und revolutionären Erhebungen und soll wirtschaftlich eine möglichst störungsfreie Steigerung der Arbeitsproduktivität (z.B. durch halbwegs gesunde Arbeiter) sichern helfen. Bismarck gab das 1881 unverblümt zu: Eine Revolution verschlinge *„ganz andere Summen"* als eine staatliche Sozialpolitik, die dem Industriearbeiter als Ersatz für Landbesitz und Geldvermögen *„ein Quittungsbuch in die Hand"* gebe, *„welches ihm eine gesetzliche Fürsorge für Krankheit und Alter sichert."*

Der größte Widerstand der Unternehmer richtete sich historisch gegen die Arbeitslosenversicherung und eine allgemeine gesetzliche Sozialhilfe, da beides die ökonomische Funktion der Arbeitslosen als Lohndrücker einschränkt. Es nimmt daher auch kein Wunder, dass sich die Gegenreform immer zuerst auf diesen Teil des Sozialstaats konzentriert.

Rosa Luxemburgs Satz, dass die besten Sozialreformer immer die Revolutionäre gewesen seien, wurde vom Vertreter der deutschen Eisen- und Stahlindustrie J. Reichert bestätigt, als er über den plötzlichen „Reformeifer" seiner Klasse in den Revolutionsjahren 1918-20 schrieb: *„Es kam darauf an, das Unternehmertum vor der drohenden Sozialisierung und der nahenden Revolution zu retten."*

Eine Regierungsbeteiligung der neuen Linkspartei unter anhaltenden Depressionstendenzen des Weltkapitalismus würde diese rasch in Widerspruch zu den Interessen ihrer Wähler und Anhänger bringen. Die Krise der deutschen Sozialdemokratie ist nicht das Resultat dieser oder jener falschen Regierungspolitik, sondern der Tatsache geschuldet, dass jede Regierungspolitik das kapitalistische System bedienen muss.

Anders ausgedrückt: Die berechtigten Forderungen des WASG-Programms, aber auch des PDS-Programms, stehen in scharfem Widerspruch zu den realen Interessen der Unternehmerklasse. Anders als in den Jahrzehnten des langen Aufschwungs von 1949 bis 1974 muss unter den heutigen wirtschaftlichen Bedingungen jeder ernsthafte Kampf um den Erhalt oder gar Ausbau des Sozialstaats zu scharfen Zusammenstößen mit der herrschenden Klasse führen. Ein Zurück zur Sozialpartnerschaft ist nicht mehr möglich.

Eine schmerzliche Erfahrung steht der WASG und vielen ihrer Anhänger noch bevor: nämlich die Einsicht, dass ihr Programm sich als unvereinbar mit dem Kapitalismus erweisen wird. Oskar Lafontaine hat im letzten Satz seines neuen Buches *Politik für alle* die Voraussage gewagt, dass die von ihm entwickelten programmatischen Forderungen nur durchsetzbar seien, *„wenn das Volk aufbegehrt"*. Die volle Tragweite dieser Äußerung wird vielleicht ihm selbst nicht einmal klar gewesen sein, als er sie schrieb.

www.sozialismus.de

Probeabo (3 Hefte): € 10,-; Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Linksbündnis: Perspektiven; Die Rückkehr des Staates; Ende der Arbeit? Bilanz Flächentarifvertrag; Unruhen in Südafrika; Oskar Negt: Erinnerung an Jürgen Seifert;

Supplement: J. Bischoff, Die SPD und die Zerstörung des »Rheinischen Kapitalismus«

Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68, e-mail: redaktion@sozialismus.de